

Herrn Bundesminister
Sebastian Kurz
Bundesministerium für Europa,
Integration und Äußeres
Minoritenplatz 8
1014 Wien

Kopie ergeht an:

Botschafter Peter Launsky-Tieffenthal

Wien, 7. September 2016

● Informeller EU-Rat für Entwicklung am 12. September 2016

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

der bevorstehende informelle Rat für Entwicklungspolitik am 12. September bietet Ihnen die Möglichkeit, mit Ihren europäischen KollegInnen strategische Weichenstellungen von globaler Bedeutung zu diskutieren. Als Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären NGOs in Österreich möchten wir uns in die Diskussion konstruktiv einbringen und einige aus zivilgesellschaftlicher Sicht zentrale Punkte erläutern.

Die Vielfalt an wichtigen Themen auf der Tagesordnung beim informellen Rat zeigt, in welchen Veränderungsprozessen sich die Entwicklungspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten befindet. Eine der bedeutendsten Veränderungen in diesem Kontext ist die im vergangenen September beschlossene **2030 Agenda für Nachhaltige Entwicklung**. Die Ausrichtung der zukünftigen Entwicklungspolitik, eingeschlossen aller weiteren relevanten Politikfelder wie etwa Handel, Sicherheitspolitik und Migration, sollte sich deutlich an den Zielen, Visionen und Prinzipien der von allen UN-Mitgliedstaaten beschlossenen 2030 Agenda sowie der Verwirklichung aller Menschenrechte orientieren. Die universelle Umsetzung aller Ziele sowie der Grundsatz „Leave no one behind“ sollte in allen beim Rat besprochenen Themen eine zentrale Rolle spielen.

Die neue **Globale Strategie** der EU, die Überarbeitung des **Europäischen Konsensus für Entwicklung** sowie die Nachfolge des 2020 auslaufenden **Cotonou-Abkommens** bieten der EU und ihren Mitgliedstaaten die Chance, mittels gemeinsamer Strategien langfristig zur kohärenten und koordinierten Umsetzung der 2030 Agenda beizutragen. Die Implementierung der SDGs bedingt Veränderungen in allen internen und externen Politikfeldern, heißt es in der Globalen Strategie. Beim bevorstehenden Rat werden Sie und Ihre KollegInnen die Gelegenheit haben an der gemeinsamen langfristigen „Transformation unserer Welt“ zu arbeiten und die nötigen Änderungen in verschiedenen Politikfeldern sowie konkrete nächste Schritte zur Implementierung der 2030 Agenda vorzubereiten. Wir ersuchen Sie, sich dafür einzusetzen, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten einen systematischen Ansatz entwickeln,

wie die 2030 Agenda und alle SDGs in die am Rat diskutierten Strategien Eingang finden und durchgehend umgesetzt werden. Eine detailliertere Ausführung zivilgesellschaftlicher Anliegen zur Überarbeitung des Europäischen Konsensus von unserem europäischen Dachverband CONCORD finden Sie in der Beilage.

Die Themenkomplexe **Sicherheitspolitik** und **Migration** nehmen einen zunehmend größeren Stellenwert in der Entwicklungspolitik ein. Hier gilt es zu beachten, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten ihre außenpolitischen Interessen, Ziele und Strategie am Vertrag von Lissabon orientieren und diese nicht in erster Linie als enges Sicherheitsmandat verstehen. Auch in diesen Politikfeldern gilt es die 2030 Agenda als übergeordnetes Ziel zu sehen, denn nur durch ein menschenwürdiges Leben für alle kann langfristig globale Sicherheit gewährleistet und erzwungene Migration verhindert werden. Entwicklungszusammenarbeit kann einen Beitrag leisten, Ursachen von erzwungener Migration zu bekämpfen. Sie darf aber nicht dafür eingesetzt werden, Migration an sich zu verhindern. Wir ersuchen Sie, sich dafür einzusetzen, dass die ohnehin sehr begrenzten Mittel für Entwicklungszusammenarbeit keinesfalls für „Migrations-Management“, verschärfte Grenzkontrollen oder weitere rein sicherheitspolitische Maßnahmen eingesetzt werden. Dies gilt es insbesondere zu bedenken, wenn Rechtsvorschriften bestehender EU-Außenpolitikinstrumente geändert werden sollen. Bei der Schaffung neuer Instrumente, wie etwa dem „EU External Investment Plan“ (EIP), welcher durch die Mobilisierung von privaten Ressourcen mittels öffentlicher Gelder die Ursachen für erzwungene Migration bekämpfen möchte, braucht es ein transparentes Vorgehen sowie dessen Ausrichtung an der 2030 Agenda, allen drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung sowie dem Grundsatz „Leave no one behind“.

Wir wünschen Ihnen ein erfolgreiches Treffen, ersuchen Sie um die Berücksichtigung der dargelegten Anliegen und stehen im Falle von Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,



Annelies Vilim
Geschäftsführerin - AG Globale Verantwortung

Beilage: CONCORD – European Consensus on Development